

Deggendorf, den 18.07.2013

Mindestlöhne gegen Altersarmut

Rita Hagl-Kehl: Nicht nur Geringverdienern, Langzeitarbeitslosen und Minijobbern droht Altersarmut



Von links nach rechts: Herbert Stadler, Kurt Kindel, Walter Sander, Rita Hagl-Kehl, Ambros Pronold

Auf Einladung des Unterbezirks von 60+ - Deggendorf referierte die SPD-Bundestagskandidatin Rita Hagl Kehl vor zahlreichen interessierten Gästen über die Probleme wachsender Altersarmut und möglichen Gegenmaßnahmen.

Über 400 000 Menschen über 65 Jahren sind in Bayern arm, jeder 5. Rentner (20%) bayernweit ist armutsgefährdet, in Niederbayern gilt dieses Risiko sogar für jeden 4. Rentner (ca. 26%).

Bei der bayerischen Gesamtbevölkerung liegt das Armutsrisiko zwischen 11,3% und 14,2% je nach Bezugsbasis. Konkret bedeutet dies für die Betroffenen: Immer weniger Geld für Heizung, frische Lebensmittel und Kleidung. Größere Anschaffungen stellen die Betroffenen oft vor unüberwindliche Probleme. Pflegefälle sind für Familienangehörige kaum zu finanzieren und bringen sie in große Bedrängnis.

Es droht wieder das Schicksal vergangener Zeiten; „Wenn Du arm bist, musst du früher sterben!“

Wie kommt es zu solchen Armutsschicksalen?

Niedrige Löhne, geringbezahlte Saisonarbeit, zunehmende Teilzeitarbeit, Minijobs, Dauerpraktika, Solo- oder auch Scheinselbständigkeit und vor allem längere Perioden von Arbeitslosigkeit, führen zwangsläufig zu geringen Rentenansprüchen und führen im Alter meist zu Leistungen auf Sozialhilfeniveau.

Während es der jetzigen Rentnergeneration im Schnitt besser geht als allen Rentnern zuvor, wird sich dies in Zukunft erschreckend schnell ändern. Wer als Durchschnittsverdiener „lediglich“ 40 Jahre in die Rentenkasse eingezahlt hat, kann lediglich mit einer Rente von höchstens 650 Euro rechnen. Man muss davon ausgehen, dass im Jahr 2030 etwa die Hälfte der Senioren eine Rente beziehen wird, die kaum höher als die Grundsicherung (Sozialhilfe) sein wird.

Für Frauen wird diese Entwicklung noch dramatischer sein, da Frauenberufe traditionell schlechter bezahlt werden. Zusätzlich leiden Frauen unter den Ausfallzeiten wegen Kindererziehung und Pflege und unter Teilzeitbeschäftigung oder Minijobs besonders stark.

Längere Lebensarbeitszeiten sind in vielen Berufen nicht vorstellbar und sind auch in den meisten Berufen nur mit gravierenden Gesundheitsschäden zu leisten.

Eine kürzere Lebensdauer wird die Folge sein.



Rita Hagl-Kehl forderte ein energisches Gegensteuern durch folgende Mechanismen:

- > Zeiten längerer unverschuldeter Arbeitslosigkeit werden bei der Berechnung von Rentenansprüchen stärker als heute berücksichtigt
- > Geringverdienern, die lange rentenversichert waren, wird die „Rente nach Mindestentgeltpunkten“ bestimmt und somit die Rentenansprüche aufgestockt
- > Sollten beide Maßnahmen trotz 40 Versicherungsjahren und 30 Beitragsjahren nicht zu einer Rente von 850 Euro führen, wird auf diesen Betrag über die Grundsicherung aufgestockt.

Da Mini-Löhne zu Mini-Löhnen führen forderte Rita Hagl-Kehl – wie auch die Nationale Armutskonferenz, zusammen mit Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege, der Kirchen und des DGB – einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn.

In der anschließenden lebhaften Diskussion wurden weitere interessante Aspekte angesprochen. So berichtete der Vorsitzende von Sechzig+ - Deggendorf, Kurt Kindel, von seinen Gesprächen mit Peer Steinbrück, der von einem gigantischen Konjunkturprogramm von ca. 19 Milliarden sprach, wenn man einen Mindestlohn von 8,50 Euro einführen würde.

In einem waren sich alle einig: Nur wenn wieder sozial gedacht wird, wenn Gemeinnutz vor Eigennutz gestellt wird, dann wird unsere Gesellschaft human weiterbestehen.



